

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses vom Dienstag, 13. Oktober 1998

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer
Schriftführerin: Pfleger

Anwesend waren die Stadträtinnen Gruber, Luther, Portenlänger, Seidinger (für Stadtrat Schechner) und Will sowie die Stadträte Abinger, August und Spözl.

Als Zuhörer waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt, stellv. Bürgermeister Ried und Stadtrat Lachner (bis 20.30 Uhr) anwesend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 1

Partnerschaftskomitee Ebersberg;
jährlicher Rechenschaftsbericht
öffentlich

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren Frau Krämer-Jaax (Geschäftsführerin) und Frau Bethmann (Schatzmeisterin) vom Partnerschaftskomitee anwesend.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des vergangenen Jahres stand das Verbrüderungsfest in Ebersberg, dessen Ablauf Frau Krämer-Jaax nochmals im Einzelnen erläuterte. Alle Veranstaltungen der viertägigen Feier waren gut besucht; die Gäste aus Yssingaux und die Ebersberger Bürger waren gleichermaßen begeistert. Insbesondere ist die gelungene Einbindung vieler, die am öffentlichen Leben ansonsten wenig teilnehmen, hervorzuheben.

Aus der Vielzahl weiterer Aktivitäten, die die Partnerschaft beleben, erwähnte Frau Krämer-Jaax besonders den Austausch von Schülern aus Ebersberg (Realschule) und Yssingaux, der mittlerweile bereits zu einer festen Einrichtung geworden ist.

Für das kommende Jahr wird wieder eine Fahrt nach Yssingaux geplant.

Frau Bethmann erläuterte dem Ausschuss die finanzielle Abwicklung des Partnerschaftsfestes. Einnahmen und Ausgaben umfassten ein Gesamtvolumen von ca. 54.000,00 DM. Der Etat von 25.000,00 DM, den die Stadt zur Verfügung gestellt hatte, wurde nur zur Hälfte ausgeschöpft. Das Komitee erhielt von vielen Seiten Spenden. Von seiten der Europäischen Union wird mit einem Zuschuß von ca. 8.000,00 DM gerechnet.

Bürgermeister Brilmayer dankte dem Partnerschaftskomitee für die hervorragende Organisation des Festes und die sparsame Wirtschaftsführung; er lobte nochmals die zahlreiche Beteiligung durch die Ebersberger Vereine und Bürger.

Stellv. Bürgermeisterin Anhalt schloss sich diesem Dank und der Anerkennung an; insbesondere hob sie die gelungene Gestaltung des ökumenischen Gottesdienstes anlässlich der Unterzeichnung der Urkunden hervor. Sie regte gleichzeitig an, den aktuellen Kirchenführer ins Französische zu übersetzen, um interessierte französische Gäste besser zu informieren.

TOP 2

Freiwillige Feuerwehr Ebersberg;
Bericht über die Einsatzproblematik

öffentlich

Zu diesem Tagesordnungspunkt war Herr Proske, Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Ebersberg anwesend.

Die FFW Ebersberg zählt derzeit 43 aktive Mitglieder, von denen allerdings lediglich 13 direkt in Ebersberg beschäftigt sind und somit auch für Einsätze untertags, während der allgemeinen Arbeitsstunden zur Verfügung stehen. Bis zum Jahr 2000 wird sich diese Zahl vermutlich auf 10 reduzieren. Mit diesen wenigen Feuerwehrmännern kann die Sicherheit einer Stadt der Größenordnung Ebersbergs kaum aufrecht erhalten werden.

Herr Proske erklärte, daß es daher aus Sicht der FFW unbedingt erforderlich sei, Maßnahmen zur Änderung dieser Situation zu ergreifen. Eine Möglichkeit wäre beispielsweise das Zurverfügungstellen von Ausbildungsplätzen für junge Feuerwehrleute durch das Ebersberger Gewerbe. U.U. wäre es auch hilfreich das Ebersberger Gewerbe auf die Berufsausbildungen der aktiven Feuerwehrleute aufmerksam zu machen, so daß von dieser Seite darauf zurückgegriffen werden könnte, wenn neue Arbeitskräfte gesucht werden. Vor allem im öffentlichen Bereich sollten prinzipiell bei Neueinstellungen Feuerwehrangehörige bei ansonsten gleicher Qualifikation bevorzugt werden.

Auf Anfrage erläuterte Stadtrat Lachner, der im Innenministerium für den Bereich der Feuerwehren zuständig ist, daß das dargestellte Problem kein Einzelfall ist. Eine grundsätzliche Lösung kann jedoch derzeit nicht geboten werden; eine weitere Verschlechterung der Situation könnte nur über eine Erweiterung des Alarmierungsbereiches aufgefangen werden.

Ein Versuch den Zulauf zur FFW zu erhöhen, ist die Absenkung des Eintrittsalters auf 12 Jahre seit 1.8.1998. Die FFW Ebersberg hat bereits einige Jugendliche gewinnen können, die jedoch zunächst noch nicht richtig ausgebildet werden können. Bis zum Beginn der „echten“ Feuerwehrausbildung sollen sie deshalb durch Erste Hilfe-Kurse und durch praktische, technische Unterweisungen beschäftigt werden.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde angeregt, die Öffentlichkeitsarbeit der FFW zu verstärken, um so neue Mitglieder - insbesondere auch Frauen - zu gewinnen.

Abschließend regte Herr Proske an, einen „runden Tisch“ ins Leben zu rufen, an dem FFW, Stadt und Ebersberger Gewerbe gemeinsam eine Lösung für die Einsatzproblematik entwickeln sollten.

Bürgermeister Brilmayer schloß sich dieser Anregung an; er bat Herrn Proske dies auf den Weg zu bringen und dankte ihm gleichzeitig für die offene Darstellung der Problematik.

TOP 3

Agenda 21;
weiteres Vorgehen - Bericht des AK

öffentlich

Der aufgrund des Beschlusses des Umweltausschusses gebildete Agenda-Arbeitskreis aus Mitgliedern des Stadtrates hatte die Aufgabe eine sinnvolle „Strategie“ zur Einrichtung einer Agenda 21 für Ebersberg zu entwickeln, die dem Aktionsprogramm einen erfolgreichen Verlauf ermöglicht.

Hierzu informierte sich der AK bei den Gemeinden Puchheim und Unterhaching über das dortige Vorgehen. Diese beiden Orte wurden ausgewählt, da die Initiative für die dortigen Agenden aus unterschiedlichen Richtungen gestartet wurden; in Puchheim stand am Anfang der Beschluss des Gemeinderates zur Einrichtung einer Agenda, der dann zunächst von der Verwaltung umgesetzt wurde; in Unterhaching ging die Initiative dagegen von einer im Bereich der Pfarrgemeinden angesiedelten Bürgeraktion aus.

Anhand der vor Ort gewonnenen Eindrücke entwickelte der AK dann einen Vorschlag für das weitere Vorgehen in Ebersberg, insbesondere hinsichtlich der Beteiligung aller Bürger. Bürgermeister Brilmayer erläuterte diesen Vorschlag, der dem Protokoll als Anlage beiliegt, im Einzelnen. Zentraler Punkt ist die Vorstellung der Agenda 21 für Ebersberg in der diesjährigen Bürgerversammlung, wo den Bürgern die Möglichkeit gegeben werden soll, sich für einzelne, vorgegebene Arbeitsgruppen einzutragen bzw. Vorschläge für weitere Arbeitsgruppen zu unterbreiten. Gleichzeitig sollte die Öffentlichkeit über das Stadtmagazin und den Bericht zur Bürgerversammlung zum Thema Agenda informiert werden.

Als Basis für die Tätigkeit der Arbeitsgruppen erarbeitete der AK Ziele und Grundsätze, die der Agenda 21 für Ebersberg zugrundeliegen sollen (s. Anlage). Stadträtin Will bat das erste dieser formulierten Ziele („Umsetzung der - in der 1992 in Rio de Janeiro unterzeichneten Agenda der Vereinten Nationen verankerten - , globalen Ziele mit den örtlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten und mit Zielrichtung der Notwendigkeiten vor Ort“) detaillierter abzufassen, um die einzelnen Bürger besser zu informieren; ihr hierzu ausgearbeiteter Vorschlag liegt dem Protokoll ebenfalls als Anlage bei. Zusätzlich sollte nach Ansicht von Frau Will als weiterer Grundsatz das „Ausschöpfen von Fördermöglichkeiten“ mit aufgenommen werden.

Der Ausschuss stellte übereinstimmend fest, daß die Vorstellung der Agenda in der Öffentlichkeit anläßlich der Bürgerversammlung sicher der richtige Weg sei; allerdings sollten daneben einschlägige Organisationen und interessierte Einzelpersonen auch gezielt angesprochen und eingeladen werden, um eine breite Basis für die Mitarbeit zu erhalten.

Das Feedback der Bürger auf die Initiative des Stadtrates wurde als besonders wichtig dargestellt; auf etwaige Anregungen müsse offen und flexibel reagiert werden.

Auf den Einwand von Stadtrat August, daß die in den Grundsätzen festgehaltenen „geringen Kosten“ der Agenda-Aktivitäten nicht überbewertet werden dürften, erklärte Bürgermeister Brilmayer, daß innerhalb der Agenda Ökologie, Ökonomie und Soziales miteinander so verbunden werden müßten, daß das oberste Ziel der Nachhaltigkeit verwirklicht werden könne. Dies bedeute natürlich auch ökonomisches Wirtschaften. Für einzelne Projekte könnten jedoch beispielsweise evtl. Sponsoren gefunden werden. Stadträtin Gruber vertrat die Ansicht, daß ein knapper Finanzrahmen die Kreativität der Arbeitsgruppen steigern helfe; dem hielt Stadträtin Portenlänger entgegen, daß eine finanzielle Einengung u. U. genauso dazu führen kann, daß die Arbeitsgruppen in ihrer Tätigkeit blockiert würden.

Der Umweltausschuß war sich einig, in Sachen Agenda 21 Ebersberg wie vom Arbeitskreis vorgeschlagen vorzugehen.

TOP 4

Kindertagesbetreuung in den Landkreismunicipalitäten;
Vorstellung des Berichtes des Kreisjugendamtes

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer bat darum, diesen Tagesordnungspunkt zurückzustellen, da der Bericht - wie erst jetzt bekannt wurde - noch nicht allen Landkreismunicipalitäten zugewandert ist, und erst dann im Jugendhilfeausschuss des Kreistages behandelt werden wird.

Eine Besprechung des Berichtes führe jedoch zwangsläufig zu vergleichenden Aussagen mit den anderen Municipalitäten, die in öffentlicher Sitzung nicht angebracht seien, solange nicht alle Municipalitäten gleichermaßen informiert seien. Zum jetzigen Zeitpunkt könnte daher nur eine nichtöffentliche Behandlung des Berichtes erfolgen, die allerdings der Natur der Sache widerspräche.

Der Tagesordnungspunkt solle daher erst wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn der Bericht im Jugendhilfeausschuss des Kreistages behandelt werden soll

Der Ausschuss stimmte dem Vorschlag von Bürgermeister Brilmayer zu; es wurde jedoch darum gebeten den Tagesordnungspunkt - sofern irgend möglich - bereits in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses im November zu behandeln.

TOP 5

Nachtexpress Ebersberg e.V.;
Antrag auf anteilige Defizitübernahme für 1999

öffentlich

Mit Schreiben vom 02.10.1998 bittet der Verein Nachtexpress wiederum um die Zusage zur anteiligen Defizitübernahme für das Jahr 1999. Der im vergangenen Jahr von den Municipalitäten aufgebrauchte Betrag von 0,41 DM/Einwohner muß für das Jahr 1999 auf 0,45 DM aufgestockt werden. Für Ebersberg ergibt sich somit eine Gesamtbetrag von 4.717,35 DM. Nach wie vor wird das Gesamtdefizit im Verhältnis 30 : 70 zwischen Landkreis und Municipalitäten aufgeteilt.

Der Nachtexpress wird von den Jugendlichen weiterhin gut angenommen; so waren im Jahr 1997 für Ebersberg 840 Ein- und 203 Ausstiege zu verzeichnen.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, gegenüber dem Verein Nachtexpress Ebersberg e. V. die Bereitschaft der Stadt Ebersberg zur anteiligen Defizitübernahme für das Jahr 1999 in der Größenordnung von 0,45 DM/Einwohner (= 4.717,35 DM) vorbehaltlich der Ausweisung im Haushaltsplan 1999 zu erklären.

TOP 6

Mittagsbetreuung in der Grundschule;
Situationsbericht

öffentlich

Für das Schuljahr 1998/99 sind derzeit 35 Kinder zur Mittagsbetreuung der Grundschule angemeldet; die Nutzungshäufigkeit verteilt sich dabei wie folgt:

1 Tag/Woche	8 Kinder
2 Tage/Woche	10 Kinder
3 Tage/Woche	6 Kinder
4 Tage/Woche	3 Kinder
5 Tage/Woche	8 Kinder

Pro Tag wird die Mittagsbetreuung von 17 bis 24 Kindern besucht. Die neu eingeführte Begrenzung auf 25 Kinder pro Tag erwies sich im Laufe der Anmeldezeit als relativ unproblematisch.

Für die Zeit von Schulanfang bis zu den Herbstferien werden zwei Zusatzbetreuerinnen beschäftigt, so daß täglich zwei Betreuerinnen für die Kinder zur Verfügung stehen. Nach Aussagen der hauptamtlichen Betreuerinnen sollte dies für die kommenden Jahre auf die tatsächliche Notwendigkeit überprüft werden, da heuer gerade in den ersten Wochen nur wenige Kinder zu betreuen waren.

Ab November wird anstelle von Frau Ohmann-Heuke, die Ende Oktober ausscheidet, Frau Marlies Breuer die Betreuung der Kinder an 2 Tagen pro Woche übernehmen.

Positiv ist zu vermerken, daß in den letzten Monaten weder von seiten der Eltern noch von den Senioren Beschwerden hinsichtlich des Raumproblems eingingen.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine Berichterstattung; eine Beschlußfassung fand nicht statt.

TOP 7

Bericht über die aktuelle Kindertagesituation

öffentlich

Von den 379 in Ebersberg gemeldeten Kindern der drei relevanten Jahrgänge beanspruchen derzeit 324 Kinder einen Kindergartenplatz; dies entspricht 85,5 %. Zugleich werden die Kindergärten bereits von 3 Kindern, die nach dem Stichtag (30.06.1995) geboren sind und von 4 Kindern aus Nachbargemeinden (insbesondere in der Integrationsgruppe) genutzt. Desweiteren stehen 17 vor dem Stichtag geborene Ebersberger Kinder auf einer Warteliste in dem von ihnen gewünschten Kindergarten.

Seit einigen Jahren ist ein prozentuales Ansteigen der Zahl der in Ebersberg gemeldeten Kinder zu verzeichnen, die Anspruch auf einen Kindergartenplatz erheben. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß immer mehr Eltern ihre Kinder bereits mit drei Jahren für den Kindergarten anmelden.

Stadträtin Portenlänger wies darauf hin, daß der genannte Stichtag willkürlich gewählt und nicht gesetzlich festgelegt sei. Sie erklärte weiter, daß die dargestellte Situation mit einer doch recht umfangreichen Warteliste Anlaß dazu geben sollte, zu überlegen, ob der neue Kindergarten nicht schon mit drei Gruppen eröffnet werden muß.

Bürgermeister Brilmayer stellte fest, daß dies sinnvollerweise erst nach Abschluß der Anmeldungen für das kommende Kindergartenjahr anhand der dann vorliegenden Zahlen zusammen mit dem Träger entschieden werden sollte.

Weiter informierte Bürgermeister Brilmayer den Ausschuss darüber, daß für den Bau des neuen Kindergartens im Rahmen einer Eilentscheidung 250.000,00 DM, die erst für den Haushalt 1999 vorgesehen waren, vorgezogen wurden, um den Baufortschritt nicht zu behindern.

Der Verwaltung liegt ein Antrag der Fraktion der Grünen vor, entsprechend einem Schreiben der Elternbeiräte aller Ebersberger Kindergärten die Möglichkeit zur Schaffung einer „mobilen Reserver“ für alle Ebersberger Einrichtungen zu prüfen.

Bürgermeister Brilmayer wies daruffin, daß das genannte Schreiben der Elternbeiräte im Rathaus nicht vorläge und daß außerdem ein solcher Antrag zunächst an die Träger der Kindergärten gerichtet werden müsse. Die Stadt könne hier allenfalls vermittelnd bzw. unterstützend tätig werden.

Stadträtin Gruber bat dennoch darum, die Problematik im nächsten Sozialausschuß zu behandeln und vorher entsprechende Gespräche mit den Träger und den Elternbeiräten zu führen.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine Berichterstattung; eine Beschlußfassung fand nicht statt.

TOP 8

Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten;
weiteres Vorgehen

öffentlich

Im Nachgang zu der Informationsveranstaltung durch die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises, die vom Stadtrat in seiner Sitzung vom 07.04.1998 angeregt worden war, erfolgte nochmals eine interne Ausschreibung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten. Auch hierauf gingen wiederum keine Bewerbungen ein.

Da der Sozialausschuß mit Beschluß vom 04.02.1998 bereits eine externe Ausschreibung der Stelle ausgeschlossen hat, schlägt die Verwaltung vor, die Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten momentan auszusetzen. Dieser Vorschlag wird zum einen mit dem Fehlen interner Bewerbungen begründet und stützt sich zum anderen auf die erneute Aussage des Personalrates, der in seinem Schreiben vom 08.10.1998, das den Ausschussmitgliedern vorlag, ausdrücklich die Notwendigkeit der Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten verneint.

Gleichzeitig mit der Aussetzung der Bestellung soll dem Personalrat das Recht übertragen werden, jederzeit die neuerliche Beratung über die Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten im Sozialausschuß zu beantragen, sofern er dies für notwendig erachtet. Der Sozialausschuß sollte sich verpflichten, über einen solchen Antrag innerhalb eines angemessenen Zeitraumes zu beraten. Dadurch sollte die Möglichkeit zur Beendigung dieser momentanen Aussetzung in die Hände der Arbeitnehmer gelegt werden, so daß diese auf eventuelle Änderungen der derzeitigen Gegebenheiten reagieren könnten, ohne von der Personalleitung abhängig zu sein.

Der Sozialausschuß nahm die Ausführungen der Verwaltung zum momentanen Vollzug der Satzung zur Kenntnis.

Stadträtin Portenlänger wies daraufhin, daß eine rechtskräftige Satzung vorliege, die ihrer Ansicht nach nicht einfach ausgesetzt werden könne; zumindest müsse eine Entscheidung dieser Tragweite - nach nochmaliger Beratung in den Fraktionen - im Gesamtstadtrat entschieden werden, der diese Satzung ja auch erlassen habe. Sie erinnerte zugleich nochmals an die Möglichkeit der externen Ausschreibung.

Dies lehnte Bürgermeister Brilmayer unter Hinweis auf den bereits erwähnten Beschluß des Sozialausschusses entschieden ab; er erklärte, daß eine externe Ausschreibung zu einem Zeitpunkt, da die städtischen Mitarbeiter Personaleinsparungen aufgrund der angespannten Haushaltslage durch erhebliche Mehrbelastungen ausgleichen müssten, auf keinen Fall vertretbar sei.

Stadträtin Will gab ihrer Enttäuschung über die Reaktion des städtischen Personals Ausdruck, das eine große Chance ausschlage. Aufgrund der Gegebenheiten sprach sie sich jedoch dafür aus, die Angelegenheit für ein Jahr ruhen zu lassen und dann erneut auf der Basis der dann aktuellen Situation zu beraten.

Stadträtin Luther lehnte eine erneute Beratung im Stadtrat ab, da bereits ein eindeutiger Beschluß des Sozialausschusses hierzu vorliege; die Nichtannahme des Angebotes des Stadtrates durch die Verwaltung sei zwar bedauerlich, müsse aber so akzeptiert werden.

Bürgermeister Brilmayer bot an, zunächst die rechtliche Situation bezüglich der Aussetzung der Bestellung und einer evtl. notwendigen Beschlußfassung hierüber im Stadtrat seitens der Verwaltung zu prüfen, und den Ausschuß über das Ergebnis zu informieren.

Die Verwaltung hat zwischenzeitlich die Problematik im Landratsamt (Kommunal-Aufsicht) vorgetragen. Von der dort zuständigen Juristin, die gleichzeitig Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises ist, wurde festgestellt, daß die Aussetzung der in der städtischen Satzung vorgesehenen Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten nicht einer Aufhebung der Satzung gleichkomme, sondern lediglich einen momentan nicht vollständigen Vollzug der Satzung bedeute. Eine Beschlußfassung des Stadtrates hierüber sei nicht erforderlich. Dies gelte vor allem, da durch die Rahmenbedingungen dieser Bestellungsaussetzung (Antragsrecht des Personalrats auf Wiederaufnahme des Bestellungsverfahrens) das „Wiederaufleben“ des in Teilbereichen ausgesetzten Vollzuges festgelegt ist.

TOP 9

Verschiedenes;

a) Seniorenwohnanlage Eggerfeld

b) Musikschule; Antrag auf Ausfallbürgschaft für die „jazz-days Ebersberg-Grafring“

öffentlich

a) Seniorenwohnanlage Eggerfeld

Bürgermeister Brilmayer informierte den Ausschuß, daß derzeit in der Seniorenwohnanlage drei Wohnungen frei sind; er bat der Verwaltung etwaige wohnungssuchende Senioren zu benennen.

b) Musikschule; Antrag auf Ausfallbürgschaft für die „jazz-days Ebersberg-Grafring“

Mit Schreiben vom 24.09.1998 beantragt die Musikschule Ebersberg (Hr. Ametsbichler) eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 5.000,00 DM für die „jazz-days Ebersberg-Grafring“ Anfang Dezember 1998.

Die vom Veranstalter vorgelegte Kalkulation für diese Veranstaltung, für die verschiedene renommierte Musiker gewonnen werden konnten, geht von lediglich 5.000,00 DM an Einnahmen aus Eintrittsgeldern aus. Aufgrund des hohen Niveaus der einzelnen Darbietungen, können hier sicher höhere Einnahmen erzielt werden, so daß die vorab veranschlagten Ausfallbürgschaften von Landkreis und Stadt von je 5.000,00 DM im Normalfall sicher nicht in dieser Höhe in Anspruch genommen werden müssen.

Bürgermeister Brilmayer sprach sich für die Übernahme der Ausfallbürgschaft aus, da durch die Jazz-Tage ein wertvoller Akzent für Ebersberg gesetzt werde.

Der Kulturausschuß beschloß einstimmig mit 9 :0 Stimmen, der Musikschule die Übernahme eines etwaigen Defizits der „Jazz-Tage Ebersberg - Grafing“ im Dezember 1998 zur Hälfte (die andere Hälfte übernimmt der Landkreis), höchstens jedoch bis zu 5.000,00 DM, im Rahmen einer Ausfallbürgschaft zuzusagen.

TOP10

Wünsche und Anfragen

öffentlich

- a) Stadtrat August erkundigte sich nach dem Sachstand der Verhandlungen bezüglich des Molkerei- und Brennereigebäudes.

Bürgermeister Brilmayer erklärte, daß von seiten der Molkereigenossenschaft kein großes Interesse mehr an der Unterbringung eines Jugendzentrums im Molkereigebäude bestehe; die Presseartikel zu den Lärmbelästigungen durch das Jugendzentrum im Sommer diesen Jahres haben scheinbar größere Vorbehalte hervorgerufen.

Die Gespräche bei der Regierung ergaben, daß Städtebaufördermittel nur bei Erhaltung der Bausubstanz des Brennereigebäudes zu erwarten seien: ein Neubau an gleicher Stelle würde sicher nicht gefördert, auch wenn die äußere Hülle wieder genauso erstellt würde.

- b) Stadträtin Portenlänger bat um Informationen zu den Elternlotsen.

Bürgermeister Brilmayer erklärte, daß heuer tatsächlich nur wenige Elternlosen gewonnen werden konnten. Mit Herrn Rektor Schwelling wurde - angeregt durch einen Hinweis des Rechnungsprüfungsausschusses des Stadtrates - vereinbart, die bisher an die Elternlotsen bezahlte Entschädigung zum 01.01.1999 zu streichen, die entsprechenden Beträge jedoch dem Haushalt der Schule zufließen zu lassen, so daß sie wiederum den Kindern zugute kommen.

- c) Stadträtin Will bat zu prüfen, ob nicht die Bademeister im Hallenbad die Lehrkräfte der Grundschulklassen bei der Beaufsichtigung der Kinder unterstützen könnten, da die Lehrer mit der Betreuung von bis zu 30 Kindern überfordert seien und so unnötige Risiken eingegangen würden.

Bürgermeister Brilmayer hielt den entgegen, daß es sich hier um eine rein staatliche Aufgabe handele, die nicht von der Stadt übernommen werden sollte. Zudem würde ein solcher Einsatz der Bademeister bedeuten, daß sie ansonsten nur noch erheblich verkürzt für den Badebetrieb zur Verfügung stehen würden.

- d) Die Fraktion der UWG legte einen Antrag zur Errichtung eines zusätzlichen Haltepunktes der Bahnverbindung Wasserburg - Grafing Bahnhof in Oberndorf vor.

Der Ausschuß war sich einig, diesen Antrag zuständigkeitshalber an den TA zu verweisen.

- e) Die Fraktion der UWG beantragt, bei anstehenden Straßenbenennungen oder Umwidmungen den Namen „Manfred Rothe“ zu berücksichtigen. Manfred Rothe war stellvertretender Landrat und Kreisvorsitzender der UWG und wirkte umfassend und nachhaltig im sozialen Bereich.

Bürgermeister Brilmayer sagte zu diesen Namen in die entsprechende Liste aufzunehmen und bei der Beratung künftiger Benennungen miteinzubringen.

- f) Stadträtin Gruber erkundigte sich nach dem Sachstand hinsichtlich der neuen PC-Anlage für die Stadtbücherei, deren Anschaffung bereits vor einiger Zeit genehmigt worden sei.

Bürgermeister Brilmayer versprach den derzeitigen Stand zu prüfen.

- g) Stadträtin Gruber bat in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses über Verlauf und Ergebnis des Projektes „Hupfauer Höhe“ zu berichten.

Bürgermeister Brilmayer sagte zu, dies in die Tagesordnung aufzunehmen.

- h) Stadträtin Gruber bat um Auskunft bezüglich der geplanten Beleuchtung des Stadtparkes.

Bürgermeister Brilmayer erklärte, daß dort demnächst zwei Lampen installiert würden.

- i) Stellv. Bürgermeisterin Anhalt machte darauffmerksam, daß der Spar-Markt in der Hupfauer Höhe in naher Zukunft schließen wird, da die Mietforderungen der Hauseigentümerin zu hoch seien, und auch Umsatzeinbußen durch Minimal und Aldi befürchtet würden bzw. bereits zu verzeichnen seien.

Bürgermeister Brilmayer stellte hierzu fest, daß in dieser Angelegenheit bereits ein Gespräch mit der Firma Spar und dem derzeitigen Pächter der Filiale anberaumt sei.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 22.30 Uhr

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Brilmayer
Sitzungsleiter

Pfleger
Schriftführerin